



# Erdoğan's Krieg

Der Krieg ist zurück in den kurdischen Städten im Südosten der Türkei.



## Türkei. Im Südosten sind Hunderttausende auf der Flucht. Hilfe leisten Vereine der kurdischen Zivilgesellschaft

Von Peter Schaber

Im Südosten der Türkei herrscht Krieg. Das türkische Militär hat ganze Stadtviertel von Diyarbakır, Cizre, Nusaybin und Silopi dem Erdboden gleich gemacht, über 500 Zivilistinnen und Zivilisten wurden getötet, Hunderttausende sind vor den Bombardierungen geflohen. Auch die PKK verübt wieder Anschläge in der Türkei, ihre Stützpunkte in den Kandil-Bergen sind Ziele der türkischen Luftwaffe. Wie konnte es dazu kommen?

Noch vor einem Jahr, nach dem Einzug der linken, prokurdischen HDP ins Parlament, sah es so aus, als stünde der Jahrzehnte alte Konflikt zwischen türkischem Staat und Kurden vor seinem Ende. Dann erschütterte der Anschlag auf linke Jugendliche in Suruç, die beim Wiederaufbau von Kobanê helfen wollten, das Vertrauen in einen Friedensprozess, der schon zuvor viel Toleranz von der kurdischen Seite verlangt hatte. Die Tötung von zwei Polizisten, die dem Islamischen Staat geholfen haben sollen, lieferte schließlich dem türkischen Staat den Vorwand, den Friedensprozess aufzukündigen, die HDP zu diffamieren und bei Neuwahlen zurückzudrängen. Anschläge auf eine Kundgebung der HDP in Diyarbakır und auf eine Friedensdemonstration in Ankara mit über hundert Toten brachten das Fass zum Überlaufen.

Militante Jugendgruppen attackierten die Polizei in verschiedenen kurdischen Städten und verbarrikadierten ihre Viertel, um die zu erwartenden Polizeimaßnahmen zu erschweren. In

nahezu allen größeren Städten des mehrheitlich kurdischen Südostens der Türkei erließ die AKP-Regierung unter Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan und dem kürzlich geschassten Premier Ahmet Davutoğlu daraufhin sogenannte Ausgangssperren. Diese wurden begleitet von einem Belagerungszustand: Zigtausende Soldaten und Milizionäre von Sondereinheiten schossen auf jeden, der die Straße betrat, Wohnviertel wurden mit Panzern und Artillerie angegriffen, die Grenzstadt Nusaybin soll Augenzeugen zufolge mehrfach aus der Luft bombardiert worden sein. Die momentane Situation stelle selbst die Gewalt zu Hochzeiten des Krieges zwischen PKK und türkischem Staat zu Beginn der 1990er Jahre in den Schatten, erzählen ältere Kurden.

### Krieg und Gentrifizierung

Die Rechnung der Machthaber in der Türkei lautet: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Südostens unterstützt die politischen Ziele der PKK oder der legalen Partei HDP, die sich unter dem Schlagwort „demokratische Autonomie“ zusammenfassen lassen – also muss diese Bevölkerung kollektiv bestraft werden. Die sozialen Beziehungen in den Hochburgen der kurdischen Bewegung sollen nachhaltig beschädigt werden. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Altstadt Diyarbakırs, Sur. Hier kämpften über Monate hinweg Jugendliche, die sich zu Zivilverteidigungseinheiten

[YPS] zusammengeschlossen hatten, gegen den Staat. Nachdem die Gefechte endeten und die eine Hälfte des auch historisch und kulturell bedeutenden Distrikts weitgehend zerstört war, verlaubliche die Regierung in Ankara die Beschlagnahme von über 80 Prozent aller Gebäude in Sur.

Der Stadtteil soll, geht es nach dem Willen der regierenden AKP, vollständig neu gebaut werden. Deshalb bleibt er auch nach dem Ende der bewaffneten Kämpfe abgeriegelt, die Bewohner dürfen nicht zurückkehren, während die türkische Armee die noch verbliebenen Gebäude einreißt und beginnt, Fakten für die Nachkriegszeit zu schaffen. Zwölf Polizei- und Militärstationen sollen hier auf engstem Raum entstehen. Die Gründe für die beispiellose Gentrifizierungsaktion erläutert Roni Herdem, Sprecher einer Plattform gegen die Beschlagnahmungen, die über 300 Organisationen der örtlichen Zivilgesellschaft umfasst: „Entscheidend ist, die Basis der kurdischen Bewegung zu zerschlagen und ‚die Sicherheit wiederherzustellen‘, um den Raum zu kontrollieren. Deswegen werden auch nicht nur neue Polizei- und Militärstationen, sondern auch breitere Straßen gebaut, auf denen gepanzerte Fahrzeuge problemlos fahren können.“ Aber es gehe auch um ökonomische Aspekte: „Wir haben eine Regierung, die voll auf den Bausektor setzt. Deswegen muss der Staat die Kreise, die ihn unterstützen, mit immer neuen Aufträgen und Projekten füttern. Diese Branche wird hier auch bedient.“

## Kurdische Selbsthilfe

Die humanitäre Katastrophe, die durch den türkischen Generalangriff ausgelöst wurde, wird derzeit vor allem durch Organisationen der kurdischen Zivilgesellschaft abgefedert. Einer der wichtigsten Akteure ist der Rojava Hilfs- und Solidaritätsverein [Rojava Yardimlasma ve

Dayanisma Dernegi]. Sein Hauptsitz liegt in der Kurdenmetropole Diyarbakır, in vielen weiteren durch den Krieg verwüsteten Städten betreibt er Außenstellen.

Wer die Verladestation des Vereins im Sumer Park in Diyarbakır besucht, trifft rund um die Uhr freiwillige Helferinnen und Helfer, die gespendete Lebensmittel portionieren, verpacken und auf LKWs laden, die die Güter dorthin fahren, wo sie benötigt werden. „Nach den Ausgangssperren brauchten die Leute uns und wir haben angefangen, Essen und andere Hilfsgüter zu verteilen. Mit dieser Kampagne ist unsere Organisation immer größer geworden und wir konnten uns sehr gut innerhalb und außerhalb der Türkei vernetzen“, erklärt Projektkoordinator Murat Cicek. Eine der wichtigsten Aufgaben sei die Schaffung von Unterkünften für die Geflüchteten gewesen. „Also haben wir sie in den Häusern von anderen untergebracht oder andere Orte gefunden, an denen sie bleiben können“, so Murat Cicek. Derzeit sind Schätzungen zufolge etwa 350.000 Menschen auf der Flucht vor den Kampfhandlungen. Die Vertreibung der lokalen Bevölkerung ist kein Nebeneffekt der türkischen Kriegspolitik, sondern eines der strategischen Ziele Ankaras.

Der Rojava-Hilfsverein versorgt die Betroffenen der Vertreibungen mit dem unmittelbar Notwendigen: von Babykleidung und Spielzeug über Hygieneartikel bis zu Nahrungsmitteln. Die Beschaffung, Verpackung und Verteilung der Hilfsgüter erfolgt selbstorganisiert. Zwar gibt es eine Zusammenarbeit mit der örtlichen Stadtverwaltung, in der linke kurdische Parteien dominieren, aber keinerlei Hilfe vom türkischen Staat. Im Gegenteil. Auch die Helferinnen und Helfer werden regelmäßig Ziel von Repressionen: „Vor zwei Tagen sind wir mit einem unserer Trucks nach Cizre gefahren. Auf dem Weg wurden wir von Polizisten angehalten und sie haben uns nicht weitergelassen. Zwei unserer



Foto: Willi Effenberger

**Ziel von Repressionen: Die Freiwilligen des Rojava-Hilfsvereins.**

Freunde wurden verhaftet. Sie versuchen uns immer wieder, Steine in den Weg zu legen“, sagt Murat Cicek. Eine andere Aktivistin erzählt, sie habe selbst gesehen, wie Soldaten in Idil dem Verein Hilfsgüter abgenommen und sie dann als eigene Hilfe an die Bevölkerung verteilt hätten. Unterstützung vom Staat erwartet Murat Cicek nicht – und er will sie auch nicht: „Die Regierung will diesen Konflikt in Kurdistan. Sie versuchen, uns die Arbeit so schwer wie möglich zu machen, damit wir nicht helfen können. Wir wollen aber nicht, dass die Menschen auf Hilfe von der Regierung angewiesen sind und nehmen selbst auch keine Hilfe von der Regierung an. Wir wollen lediglich, dass sie uns in Ruhe unsere Arbeit machen lassen.“

### Europas Abhängigkeit

Groß hingegen ist die Enttäuschung über das Schweigen Europas, insbesondere Deutschlands. „Ich verstehe nicht, wie Merkel dem Mörder unserer Kinder die Hand schütteln kann“, sagt eine Frau Mitte 50 unter Tränen. „Sie kann doch nicht übersehen, was hier passiert.“ We-

nige Gehminuten vom Sumer-Park entfernt, im Dicle-Firat-Kulturzentrum, sitzen Familien von in Sur getöteten Kindern und Jugendlichen. „Rozerin war 17, als sie starb“, erzählt Mustafa Cukur. Ein Kopfschuss tötete die Schülerin während der Ausgangssperre. „Monatelang konnten wir nicht einmal ihre Leiche bergen und sie ordentlich begraben.“ Auch Rozerins Angehörige sind voller Unverständnis für die deutsche Politik: „Wieso hilft Deutschland Erdoğan beim Morden?“

Vor allem die Aufwertung des Erdoğan-Regimes im Zuge des sogenannten Flüchtlingsdeals hat den Ruf Europas und Deutschlands systematisch verschlechtert. Mit der Abhängigkeit von Erdoğan beraubt sich Europa auch der letzten Möglichkeit, Druck auf Ankara auszuüben, um die Kurdenfrage demokratisch zu bewältigen. Den Menschen vor Ort bleibt die Hoffnung auf die Stimme der europäischen Zivilgesellschaft: Zu einer Politik, die die europäischen Werte derart missachtet, darf nicht geschwiegen werden.

**medico international arbeitet schon länger mit dem Rojava Hilfs- und Solidaritätsverein zusammen. Gemeinsam konnten wir dem städtischen Krankenhaus im syrisch-kurdischen Kobanê eine Blutbank zur Verfügung stellen; das Krankenhaus wurde vom Islamischen Staat zerstört. Nach ihrer Flucht in die Türkei wurden die Menschen aus Kobanê vom Rojava-Verein unterstützt und auch die Wiederaufbauprojekte von medico in Kobanê erfolgen in Zusammenarbeit mit dem Verein. Die vielfältigen Schikanen – zuletzt wurden die Konten des Vereins eingefroren – werden unsere Unterstützung nicht verhindern.**

**Spendenstichwort: Kurdistan**